



# Bericht aus dem Ständerat



## Sommersession 2017



Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Bevölkerung hat die Unternehmenssteuerreform 3 abgelehnt. Nun macht der Bundesrat eine neue Vorlage unter dem Namen Steuerreform 17. Für den Kanton Zürich, für den die Firmensteuern eine grosse Rolle spielen, ist diese Steuerreform äusserst wichtig. Der Entscheid des Volks zur USR 3 ist zu akzeptieren. Nun muss man analysieren, welche Gründe für die Ablehnung – insbesondere im Kanton Zürich – den Ausschlag gaben, und Lösungen ausarbeiten. Wir beiden Ständeräte sind bereit, uns in Bern für unseren Kanton und den Standort einzusetzen. Damit wir das tun können, muss der Kanton aber zusammen mit den Gemeinden eine einheitliche Position haben. Wenn Zürich die Meinungsverschiedenheiten nach Bern trägt, wird der Kanton zu den Verlierern gehören.

In diesem Sinne sind wir gespannt auf die Vernehmlassungsantworten der verschiedenen Beteiligten.

Wir wünschen einen schönen Sommer!

Kontakt:

Daniel Jositsch: [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch), [sekretariat@jositsch.ch](mailto:sekretariat@jositsch.ch), [www.facebook.com/danieljositsch](https://www.facebook.com/danieljositsch), Twitter: @danieljositsch  
Ruedi Noser: [www.ruedinoser.ch](http://www.ruedinoser.ch), [ruedi@noser.com](mailto:ruedi@noser.com), [www.facebook.com/Ruedi.Noser](https://www.facebook.com/Ruedi.Noser), Twitter: @RuediNoser

## Ein Blick hinter die Kulissen des Stöckli

Der Ständerat (im Unterschied zum Nationalrat) beginnt seine Sitzungen mit einem Appell. Die Namen der Mitglieder werden in alphabetischer Reihenfolge abgelesen. Das jeweilige Ständeratsmitglied hat den Aufruf zu quittieren. Diejenigen Ständerate, die über Militärvergangenheit verfügen, sind versucht, «Hier» zu rufen. Die meisten begnügen sich aber mit einem dezenten «Ja». Die Deutschweizer Ständeratsmitglieder, die trocken als «Herr Jositsch» oder «Frau Fetz» aufgerufen werden, sind dabei etwas neidisch auf die Tessiner, die magistral als «Onorevole» angesprochen werden. Dabei stellt sich unweigerlich die Frage, was das Prozedere eigentlich soll. Die Vermutung liegt nahe, dass man damit als sitzungsberechtigter Teilnehmer der Session registriert wird und eben diejenigen, die nicht pünktlich da sind, das Sitzungsgeld nicht erhalten. Doch weit gefehlt: Für die Präsenzerfassung ist der Appell bedeutungslos. Die Ratssekretärin hat mir bestätigt, dass die Anwesenheitskontrolle heute über die Abstimmungsanlage elektronisch erfolgt: wer einmal an einem Tag abstimmt, wird als anwesend registriert. Wozu aber dient dann der Appell noch? Ich vermute, schlicht und einfach zur Disziplinierung der Ratsmitglieder. Denn genau diese Wirkung hat er. Jedes Ständeratsmitglied, mit dem ich gesprochen habe, hat mir bestätigt, dass er oder sie alles daran setzt, pünktlich am Appell anwesend zu sein. Dabei gibt es solche mit taktischen Nachteilen wie den Tessiner Fabio Abate, der vom Alphabet her, ohne Chance, jemals von diesem Platz verdrängt zu werden, immer als Erster aufgerufen wird und daher besonders pünktlich im Saal sein muss. Aber auch Géraldine Savary, die sich, alphabetisch begünstigt, immer Zeit lässt und im letzten Moment in den Saal schreitet, um gerade noch rechtzeitig den Aufruf mit «oui» zu quittieren, hat mir bestätigt, dass sie notfalls rennt, um rechtzeitig zum Appell zu erscheinen. Auch mir geht es so und ich habe daher den Appell in den bisherigen sieben Sessionen nur einmal und nur aus einem Versehen verpasst.

*Daniel Jositsch*

## Klimaübereinkommen von Paris – ohne Trump, aber mit der Schweiz

*von Daniel Jositsch*

Dass die Klimaerwärmung ein globales Problem ist, das die Zukunft des ganzen Planeten in Gefahr bringt, haben mittlerweile fast alle gemerkt. Ernsthafte Zweifel daran haben neben dem amerikanischen Präsidenten Trump allerdings noch ein paar wenige Mitglieder des Schweizer Parlaments. Die überwiegende Mehrheit, unabhängig von der politischen Couleur, ist sich der Verantwortung bewusst und bereit, gegen die Klimaerwärmung etwas zu unternehmen. Entsprechend war der Beitritt der Schweiz zum Klimaübereinkommen von Paris – konkret die Genehmigung und Ermächtigung des Bundesrats zur Ratifizierung – im Ständerat zwar umstritten, aber das Ergebnis sehr deutlich. Trotzdem – oder gerade deshalb – war die Debatte, die dazu im Ständerat geführt worden ist, eher lang und intensiv. Eine wesentliche Rolle dürfte dabei der Umstand gespielt haben, dass wenige Tage zuvor der amerikanische Präsident Trump hatte verlauten lassen, dass er das Klimaübereinkommen für die USA kündigen möchte. Dieser Entscheid dürfte zwar in der Praxis keine allzu massiven Konsequenzen haben. Denn erstens standen die USA bis vor der Amtszeit von Obama bezüglich dem seit der Klimakonferenz von Rio im Jahr 1992 andauernden Klimaprozess schon abseits. Und zweitens haben auch die meisten anderen Staaten – inklusive die Schweiz – trotz aktiver Teilnahme an den Klimaverhandlungen wenig Konkretes zustande gebracht. Allerdings ist der Entscheid des US-amerikanischen Präsidenten ein sehr schlechtes politisches Zeichen. Auch wenn verschiedene europäische Staaten trotzig an den Klimazielen festhalten wollen, ist doch zu befürchten, dass der ohnehin harzige Prozess nun definitiv ins Stocken gerät, was fatal wäre. Entsprechend positiv war daher die Debatte im Ständerat, in der klar wurde, dass der Bundesrat vom Parlament einen klaren Auftrag erhalten hat, sich im Klimaprozess weiter international zu engagieren.



## Gefahr für Rechtsstaat abgewendet

Terrorismus ist eine Gefahr, die auch das Parlament intensiv beschäftigt. Wichtig ist dabei aber, dass die richtigen Mittel zur Abwehr eingesetzt werden. Ein wesentlicher Schritt ist letztes Jahr erfolgt, indem Parlament und Stimmvolk dem neuen Nachrichtendienstgesetz zugestimmt haben. Es ist nun aber höchste Zeit, dass dieses in Kraft tritt. Allerdings ist überflüssiger oder gar schädlicher Gesetzesaktivismus zu vermeiden. Tatsächlich besteht auch im Ständerat die Gefahr, dass man nur deshalb etwas tut, damit man etwas getan hat, ohne zu überlegen, ob es wirklich etwas bringt. Konkret stand im Nationalrat ein Vorstoss zur Diskussion, der die so genannte Kronzeugenregelung einführen wollte. Dabei geht es um Mittäter, die bereit sind, mit der Strafverfolgungsbehörde zu kollaborieren, und dafür eine Strafreduktion erhalten. Abgesehen davon, dass ein solcher Kronzeuge erst dann zum Einsatz käme, wenn ein Anschlag schon geschehen ist, und damit präventiv keine Wirkung entfacht, fördert eine solche Regelung Fehlentscheide. Denn potentielle Kollaborateure sind versucht, für die Strafverfolgungsbehörden möglichst interessante Informationen weiterzugeben und eben notfalls auch zu erfinden, um einen günstigen Deal zu erwirken. Für einmal hat sich die grosse Kammer als gelassener entpuppt als die so genannte «chambre de réflexion»: Der Nationalrat hat den Vorstoss im Unterschied zum Ständerat nicht unterstützt.

## Lobbying im Parlament

von Ruedi Noser

In dieser Session hatten wir keine grossen Geschäfte, sondern viele kleine und viel zum Aufräumen. Darum möchte ich an dieser Stelle einmal über etwas anderes als nur die Geschäfte nachdenken.



Haben Sie es auch schon vernommen? Jeder Parlamentarier hat das Recht, zwei Gästen dauerhaft den Zutritt zum Parlamentsgebäude und der Wandelhalle zu erlauben. Wen ein Parlamentarier auf die Gästeliste setzt, ist auf der Website des Parlaments öffentlich einsehbar. Meine beiden Gäste sind Andreas Hugi und Lorenz Furrer und dies seit 2003. Andreas Hugi war Vorstandsmitglied der FDP Kanton Zürich, und Lorenz Furrer hat mitgeholfen, Avenir Radical zu organisieren. Mit beiden arbeite ich seit 20 Jahren zusammen, und beide sind meine Freunde. Das deklariere ich offen und kann auch ohne Probleme dazu stehen.

Das System ist einfach und unbürokratisch. Die Anzahl Zutrittsberechtigungen ist beschränkt, jeder weiss, wer jemandem den Zutritt gegeben hat und die Verantwortung übernimmt. Dieses Verfahren ist aber unter Druck gekommen: Es gibt Parlamentarier, die ein Zutrittsgesetz verlangen. Darin müsste man definieren, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, damit man sich bewerben kann. Man müsste ein Gremium schaffen, das entscheidet, und man müsste einen Rechtsweg definieren, wie so ein Entscheid angefochten werden kann. Ebenfalls müsste man Regeln schaffen, wie man jemandem den Zutritt wieder wegnehmen kann, und auch da müsste es einen Rechtsweg geben. Das Resultat wären mehr Lobbyisten im Parlament und eine unmögliche Lobbyisten-Bürokratie – davon abgesehen, wäre nichts gewonnen.

Lobbyisten sind wichtig für die Parlamentsarbeit. Ich muss wissen, welche Position der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften zu einem bestimmten Thema haben und warum der KV Schweiz oder ein Ingenieursverband eine etwas andere. Als Parlamentarier bin ich auf solche Inputs angewiesen. Nicht, weil ich dann tue, was die sagen – als Parlamentarier bin ich nur meinem Gewissen verpflichtet und als Ständerat natürlich moralisch auch unserem Kanton Zürich. Aber ich kann so meine Werte und meine Ansichten an den Argumenten der verschiedenen Organisationen messen.

Szenenwechsel: Montag der ersten Sessionswoche zum Thema Geldspielgesetz. Wir haben das Geschäft zum zweiten Mal im Rat, das heisst, wir hatten sechs Monate zuvor eine Debatte im Ständerat, im Frühling war es im Nationalrat, und jetzt im Sommer kommt es zum zweiten Mal in den Ständerat. Die Kommission hat das Geschäft vorberaten und es gibt keine Minderheitsanträge aus der

Kommission. Ein Geschäft, das in zehn Minuten durch ist, würde man meinen. Aber da hat man die Rechnung ohne den Verwaltungsratspräsidenten von Swisslos gemacht, der ist nämlich auch Ständerat und hat verschiedene Abänderungsanträge gestellt, die wiederum vom Präsidenten des Casino-Verbandes unterstützt oder bestritten werden. Dank den beiden Interessenvertretern führten wir eine zweistündige Debatte. Was mich still und leise zum Schluss brachte: Das Problem im Parlament sind nicht die Lobbyisten in der Wandelhalle, sondern die im Parlament!

### **Ständerat lehnt Start-up-Visa für Gründer ab**

Eine herbe Enttäuschung war die Ablehnung meiner Motion für eine neue Kategorie von Arbeitsbewilligungen für Ausländer, die in der Schweiz ein Unternehmen gründen oder in ein in der Gründung begriffenes Unternehmen investieren wollen. Solche Start-up-Visa wären gerade für zukunftsorientierte Branchen äusserst wichtig gewesen.

Wir haben einen hervorragenden Forschungsplatz und bei den Master- und Postdoc-Studenten einen sehr hohen Ausländeranteil. Weil wir wenige Geschäftsmodelle zu unserer technologischen Forschung haben, werden sehr viele dieser Forschungsergebnisse ins Ausland abgezogen und nicht in der Schweiz umgesetzt. Wir stehen in einem rauen internationalen Wettbewerb darum, wo Geschäftsmodelle umgesetzt und Start-ups gegründet werden. Unter dem Titel «Accelerator-Programm» werden heute auf der ganzen Welt Spezialisten mit Geschäftsideen gesucht.

Kanada hat kürzlich ein Start-up-Visa-Programm lanciert. Dort erhalten erfolgreiche Absolventen eines Accelerator-Programms und ihre Familien und Teams innert Wochen oder noch schneller Visa und Arbeitsbewilligungen. Bei uns hat der Bundesrat auf meinen Vorstoss geantwortet: «Eine Bewilligung zur Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit von Drittstaatenangehörigen kann erteilt werden, wenn dies dem gesamtwirtschaftlichen Interesse entspricht und die dafür notwendigen finanziellen und betrieblichen Voraussetzungen erfüllt werden.» Wenn man aus einem solchen Accelerator-Programm kommt, liessen sich die gesamtwirtschaftlichen Interessen vielleicht noch irgendwie belegen. Doch die notwendigen finanziellen Mittel wird man maximal für drei Monate haben, und auch die betrieblichen Voraussetzungen erfüllt man nur begrenzt.

Start-up-Visa wären eine Botschaft an die Welt gewesen, dass Leute, die mit einer Geschäftsidee in die Schweiz kommen wollen, diese in der Schweiz realisieren können. Es wäre um 200, vielleicht 400 Betroffene gegangen. Leider zeigte sich einmal mehr: Die Zukunft hat in Bern keine Mehrheit.